

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Rosa
Sommer Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postkonto: Leipzig 2190.
Stroßstraße Nr. 12.

Nr. 129.

Montag, 6. Juni 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustehungsbeitrag, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. und 5. Spalte 7 Silbchen, 6. Spalte 1.10 Mark, 7. Spalte 1.— Mark; je länger und tabellarischer bezogen, desto billiger. Nachmittags- und Sonntagsausgaben 50 Pf. Jede Zeile. Gemäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Voraus gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteiljährliche Anzeigengebühren, Erzähler an der Presse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Rosa & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dörmel. Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Dienstag, den 7. Juni, vorm. 10 Uhr sollen im Versteigerungssaal des Amtsgerichts zu Riesa 1 Bierkrant, 1 Glaskrant, 3 Wurfketten, 1 Aufschmittmaschine, 1 Regist.-Kasse, 1 Lanne Gerlinge, verschiedene andere Fischwaren, Seife, 4 Kummerte, 1 Berliner Wagen usw. versteigert werden.

Pflegestellen gesucht.

Fünf unter Fürsorgeverwaltung gestellte Kinder (Geschwister), 4 Knaben im Alter von 10, 9, 7 und 6 Jahren und 1 Mädchen im Alter von 8 Jahren sollen in geeignete

Familienpflege untergebracht werden. Um die Geschwister nicht zu sehr auseinanderzureißen, ist es erwünscht, daß in eine Pflegefamilie zugleich 2 Kinder kommen. Familien, die bereit sind, Kinder aufzunehmen, werden gebeten, sich schriftlich oder mündlich im Rathaus, Zimmer Nr. 10, zu melden.

Der Rat der Stadt Riesa, den 4. Juni 1921. Gkm.

Öffentliche Schulvorstandsbekanntmachung Dienstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr im Gasthof Walthers. Weida bei Riesa, am 6. Juni 1921. Der Schulvorstand.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 4. Juni.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß es den vereinten Bemühungen von Regierung und Reichstag gelungen sei, den von den Fortschritt-Parteien festgenommenen Reichstagsabgeordneten Dr. Hartmann freizulassen. (Beifall.) Diejenigen, die seine Festnahme verlangt haben, würden hoffentlich zur Verantwortung gezogen werden.

Das deutsch-britische Abkommen über die Entschädigung deutscher Gläubiger bei der Rückgabe beschlagnahmten Eigentums wird in allen drei Lesungen debattiert. Der Entwurf, durch die die Geltungsdauer des Abkommens bis zum 30. Juni 1922 verlängert werden soll, wird dem 10. Ausschuss überwiesen. Zur Fortsetzung der

Ausdrücke über das Regierungsprogramm

ist von den Kommunisten ein Antrag eingebracht, der der „arbeiterfeindlichen Regierung“ tiefstes Mißtrauen ausdrückt und den stärksten Kampf ansetzt. Die Deutschnationalen beantragen namentliche Abstimmung über ihre Mißtrauensvotum. Die Unabhängigen dehnen ihren Antrag auf Aufhebung der Sondergerichte aus auf die württembergischen Sondergerichte aus.

Abg. Böhm (Bayr. Volksp.) erklärt, seine Freunde würden der Regierung mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen.

Abg. v. Graefe (Dnatl.): Wenn die Regierung die Forderungen des Ultimatums erfüllen will, dann muß sie die Steuern vermindern und das in Deutschland vorhandene produktive Kapital zum Export zwingen. Alle Parteien müssen von der Regierung eine klare Antwort auf die Frage verlangen, ob sie tatsächlich zur Liquidation des deutschen Nationalbankrottens schreiten will. (Sehr richtig! rechts.) Auch die neue Leuchte der Regierung, Herr Dr. Walter Rathenau, hat nicht den Schatten einer Aufklärung darüber gezeigt, wie er die Quadratur des Kreises lösen will. Wir bekämpfen keine Persönlichkeiten, sondern das System, die immer härter anklingende Vorherrschaft des Judentums. Im Kabinett ist diese Vorherrschaft deutlich bemerkbar. (Beifall rechts. — Unruhe links.) Der Redner wendet sich dann mit großer Schärfe gegen die Rede des Abg. Peterlen. Wir verlangen unser Vertrauen einer Regierung, die nur die Unterzeichnung des Ultimatums ermöglicht hat. Wegen einer solchen Regierung gibt es nur Kampf und wieder Kampf. Die Regierungsparteien haben offenbar keine Formel für ein Vertrauensvotum gefunden. Wer unseren Antrag ablehnt, bedeutet dieser Regierung doch ein Vertrauen, das sie niemals rechtfertigen kann. (Beifall rechts. Rufe links: „Dopp! Dopp!“)

Abg. Müller-Franken (So.): Herr v. Graefes Rede kann der Regierung nur nutzen. Sie war der Gipfel der Geschmacklosigkeit, es war die Rede eines Höllen von rechts. (Sehr gut! links. Wachen rechts.) Zur Judenfrage gemäß der Hinweis auf den Brief des deutschnationalen Parteivorstandes Herzt, in dem er sagt, die jüdischen Parteimitglieder sollten größere Opferwilligkeit zeigen. (Hört! links.) Wenn der ganze Wählerdamm aufgegeben wird, so wird sich kein Jude finden, der secher auftritt, als Herr v. Graefe heute mit seiner Rede. (Beif. Zustimmung d. d. So.) Die Selbstschutzzorganisationen müssen schnell aufgestellt werden, sonst könnte das Proletariat auf die Idee kommen, ähnliche Organisationen zu gründen. Ich bin einverstanden mit der viel angefochtenen Erklärung des Ministers Rathenau. Trotz der Rede des Abg. Peterlen haben wir die Rede meines Freundes Böhm nicht zu revidieren. Herr Peterlen hat alle Feindesheiden eingebracht, die sich rechts und links von ihm befinden, besonders in seiner Bemerkung von den Schaufensterputzern. Der Monarchismus ist ein Ideal von vorgefertigen (Widerstand rechts), aber dem Sozialismus gehört die Zukunft. Wir lassen jeden zur Mitarbeit zu, aber an das Steuer gehören nur diejenigen, die einen klaren Kurs wollen. Darum können wir keine Mißtrauensregierung mit der Deutschen Volkspartei bilden, zu der wir kein Vertrauen haben.

Abg. Burloge (B.): Die Deutsche Volkspartei sollte doch einmal überlegen, was geschehen wäre, wenn die Mehrheit mit ihnen gemeinsam das Ultimatum abgelehnt hätte. Deutschlands Wirtschaft wäre vernichtet und Oberschlesien rettungslos verloren. Der Redner verliest dann unter wachsenden Entrüstungsgebungen der Mehrheit Zeitungsausschnitte, die in der deutschnationalen und volksparteilichen Presse gegen die Regierungsparteien gerichtet worden sind und die er als schamlos und erbärmlich bezeichnet.

Abg. Kristian (U. So.) wendet sich scharf gegen den Abg. v. Graefe. Dessen Angriffe auf die Juden verdrängen sich schlecht mit der Tatsache, daß der deutschnationale Schundbelleidete Reichsbild sich der Hilfe jüdischer Einwanderer bedient. Der Redner empfiehlt nochmals den Antrag seiner Freunde gegen die Sondergerichte und für die Annahme, polemisiert gegen die bayerische Orgel, die offen den Hochverrat organisiert und verlangt gegen sie das Einschreiten der Sondergerichte. Er fordert energische Inangriffnahme der Sozialdemokratie, die auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt werden muß. Leider hätten die Reichstagskassen hier verlangt. Für den Fall, daß sie auch jetzt, wo sie in der Regierung seien, nichts tun würden, sagt er ihnen die

Gegnerische Partei an. Ein Mitteltritt in die Regierung sei unmöglich, weil wir nicht mit bürokratischen Regierungen zusammenarbeiten können, die Arbeiterklasse kann nur siegen, wenn das Proletariat allein die Macht in Händen hat. Man sich daher die Rechtssozialdemokratie freimachen von ihren bürgerlich-demokratischen Ambitionen, dann kommen wir endlich zur Diktatur des Proletariats. Wir werden die Regierung auch weiterhin sachlich beurteilen, aber wir lassen uns nicht von den Reaktionsären als Vorspann benutzen, um diese Regierung zu kürzen und der offenen Reaktion den Weg frei zu machen.

Abg. Dr. Müller (D. Dem.): Gott sei Dank ist der Typ des Herrn v. Graefe nicht der Typ des Deutschen Reichstags. Die Regierung hätte durch nichts schwerer kompromittiert werden können, als durch ein Wort des Vertrauens von Herrn v. Graefe. (Sehr gut! links.) Jede Wirtschafts- und Steuerpolitik werden wir ablehnen, die die Lebensnotwendigkeiten unserer Wirtschaft, die Produktivkräfte der Nation niederhalten würden. Zwangswirtschaft, Typisierung, Sozialisierung sind Experimente, die jetzt nicht gemacht werden können. Wir brauchen eine starke demokratische Bundesgenossenschaft in der Regierung, darum wollen wir den Beitritt der Deutschen Volkspartei, ohne deshalb auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie verzichten zu wollen. Die gestrigen Ausführungen des Abg. Peterlen werden von meiner ganzen Fraktion gebilligt.

Abg. Dr. Geyer (Komm.) greift die Sondergerichte an und fordert Begnadigung ihrer Opfer. Er führt viele Beispiele an, um die Rechtsprechung der Sondergerichte und den Strafvollzug als nachteilig zu bezeichnen. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen hätten sich durch ihre Unterstützung der Regierung zu Mitschuldigen gemacht.

Von den drei Regierungsparteien ist ein Antrag eingegangen. Der Reichstag erklärt sich damit einverstanden, daß die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen.

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung über Oberschlesien.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) erklärt für seine Fraktion die Zustimmung zu dem letzten Absatz über Oberschlesien. In der jetzigen Lage könne die Volkspartei weder einem Vertrauens- noch Mißtrauensvotum zustimmen und werde sich deshalb der Stimme enthalten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.) erklärt, daß seine Freunde den Antrag der Regierungsparteien im ganzen ablehnen werden.

Das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird dann das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen mit 261 gegen 77 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Der erste Absatz des Antrages der Regierungsparteien (Vertrauensvotum) wird in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 77 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei 48 Stimmenthaltungen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Absatz über Oberschlesien wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und Deutschnationalen angenommen.

Präsident Ebert erklärt, damit sei der Antrag der Regierungsparteien in seiner Gesamtheit angenommen und nach seiner Ansicht erledigt.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.) verlangt eine Gesamtentscheidung über den Antrag und bezeichnet ihre Unterlassung als einen Bruch der Geschäftsordnung.

Präsident Ebert widerspricht dieser Auffassung.

Abg. Koch (D. Dem.) schließt sich dem Präsidenten an. Der Präsident befragt das Haus, gegen seinen Standpunkt entscheiden sich in der Abstimmung nur die Deutschnationalen und wenige Volksparteiler.

Die Anträge der Kommunisten und Unabhängigen auf Annahme werden gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Nachprüfung der Sondergerichtsurteile wird gegen Deutschnationale, Volkspartei und Demokraten angenommen.

Die Anträge auf Aufhebung der Sondergerichte werden gegen die drei sozialistischen Parteien abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 14. Juni 1921, 2 Uhr nachmittags. (Kleine Vorlagen.)

Die vierzehntägige Reichstagspause.
Eine rechtsgerichtete Berliner Korrespondenz schreibt:

Der Reichstag ist rasselos, es ist auch kein Geheimnis, wie beschämend es ist, ein Vertrauensvotum durch einen abgelehnten Mißtrauensantrag zu ersetzen. Die kritische Stimmung dauert dabei fort, und um nicht in den nächsten Tagen die Dinge noch zur Katastrophe treiben zu lassen, hat der Reichstagsauschuß des Reichstags beschlossen, dem Reichstag über die Lage zu berichten. Eine Urabstimmung wäre wichtiger. Die Verlegenheitspause soll bis zum 14. Juni dauern, und dann sollen die sachlichen Beratungen, von denen Deutsch-

lands Schicksal für Jahrzehnte abhängt, wenn nicht für immer, in zweieinhalb Wochen überströmt werden. Das bedeutet nichts anderes als die eigene Bankrotterklärung des Reichstages.

So sehr man im allgemeinen geneigt ist, der Regierung eine Frist zur besseren Ausarbeitung ihrer Vorlagen zu gewähren, so wird die Lage doch dadurch gekennzeichnet, daß man unbehaltbar einer inneren Krise zusehrt. Die demokratische Partei hat sich mit ihrer Absicht der Flucht aus der Deutschen Volkspartei zur Regierung so sehr festgelegt, daß sie eigentlich nicht mehr gut in der Regierung ohne die Deutsche Volkspartei verbleiben kann. Man ist jetzt nur noch, weil keine Partei die Verantwortung dafür übernehmen möchte, es zum Bruch getrieben zu haben. Die Demokraten sind auch untereinander nicht einig. So werden von der „Frankfurter Zeitung“ heftige Angriffe gegen die Politik des Fraktionsvorsitzenden Dr. Peterlen gerichtet, die sich insbesondere mit den Schwierigkeiten der Partei in dem möglichen Wahlkampf beschäftigen. Aber mit dem Zusammenarbeiten in einer Regierung vertritt sich die augenblickliche Spannung zwischen Demokraten und Sozialdemokraten auf die Dauer nicht. Die Gemeinsamkeit, mit der die „Sozialistische Korrespondenz“ die deutschdemokratische Partei behandelt, trägt sicherlich nicht zur Festigung der Regierungsbasis bei. Und das Urteil ist auch absolut falsch, weil es sich bei der Kabinettsbildung gezeigt hat, von welcher ausschlaggebender Bedeutung die Mitwirkung der Demokraten war. Man erkennt aber daraus, wie unbehaglich den Sozialdemokraten wird, wenn sie jetzt die Selbstbestimmung der Demokratischen Partei und die größte Entschiedenheit gegen die sozialistischen Tendenzen erleben müssen. Seit Weimar hat sich eben doch manches in der inneren Konstitution Deutschlands wieder in eine normalere Lage zurückgebogen, und die sehr zahlreich in der Nationalversammlung vertretenen deutschen Demokraten waren doch erheblich einflußreicher als die geringe Zahl, die heute im Reichstag sitzt.

Der Zusammenschluß des Bürgertums, der sich hier auf alle Fälle vorzubereiten beginnt, kommt in der gegenwärtigen Krise zum ersten Mal zum Ausdruck. Die Deutsche Volkspartei kann in diesem Augenblicke aus parteipolitischen Gründen keine Konzeption ihrer durch das Regierungsprogramm gegebenen Oppositionsstellung machen. Es sind so viele Verluste gemacht worden, ihre Unterstützung für die Koalition zu gewinnen, die alle unfruchtbar verlaufen sind, daß man alle weiteren Bemühungen als überflüssig bezeichnen muß, die darauf ausgehen, für die gegenwärtige Regierung mehr als eine höchst kritische abwartende Haltung zu erzielen. Das nimmt bei dem Programm des Reichstages, das die höchsten Gefahren für die deutsche Wirtschaft mit sich bringt, nicht weiter wunder. Und die Oppositionsstellung dürfte sich sicherlich nur verhärtigen, sobald den bisher allgemeinen Wendungen des Kanzlers greifbare Gestalt in Form der Steuerentwürfe, besonders der Belastung der Sachwerte, gegeben wird. Vielleicht benutzt die Regierung die schnelle Vertagung des Reichstages dazu, um ihr Programm zu revidieren, und sie kann es noch bei der ins Einzelne gehenden Sacharbeit tun, ohne ihre Stellung zu erschüttern, weil sie trotz allem bisher ziemlich allgemein an der Oberfläche geblieben ist. Beweis sind gewisse Bedenken außenpolitischer Natur nicht von der Hand zu weisen, die mit der bevorstehenden oberirdischen Entscheidung im Zusammenhang stehen könnten. Aber es wäre das größte Unrecht an deutschen Völkern, wenn man aus untergeordneten außenpolitischen Beweggründen, die keineswegs entscheidender Natur sein können, und auch keine große Bedeutung gewinnen würden, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes vernachlässigen und in überhöhter Eile ein Programm annehmen wollte, das den Ruin der deutschen Wirtschaft sehr rasch nach sich ziehen würde.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Lage in Oberschlesien. Die Kampfhandlungen an der von den Aufständischen gehaltenen Linie in den Kreisen Groß-Strehlitz und Cosel sind zum Stillstand gekommen. Die von den Insurgenten gehaltene Linie verläuft nunmehr in den Kreisen Groß-Strehlitz und Cosel von Cosel-Oberhausen über Rodmit-Randstrin-Bahnhof-Slawentz-Drei-Slawentz-Berlinandshof-Dischowa-Ralinow. Im Kreis Ratibor wurde von den Insurgenten die Schadowitzer Brücke gesprengt und in Brand gesetzt. Im übrigen ist die Lage unverändert. — Beim Uebergang des deutschen Selbstschutzes über die von den Polen bei Slowitz gesprengte Slowitzbrücke führte ein noch heftiger Reg.-Wetter ein und forderte acht Tote und sieben Verletzte auf deutscher Seite.

Die Tagung des Obersten Rates. Wie der „Intransigent“ erzählt, wird Lloyd George in seiner Antwort auf die letzte Note Briands verlangen, daß die nächste Tagung des Obersten Rates angefaßt ihrer Bedeutung in London und nicht in Boulogne stattfinden soll. Auf die Tagesordnung wollen die Engländer auch die Frage der Sanktionen am Rhein und die wirtschaftliche Frage der Flüssigmachung der deutschen Obligationen auf dem Weltmarkt setzen.

Deutschfeindliche Bewegung der Polen in Polen. In Opatow fanden am 2. Juni Straßenemonstrationen gegen die Deutschen statt. Viele Deutsche wurden schwer mißhandelt, deutsche Geschäfte und Wohnungen geplündert. Von den polnischen Arbeiterschaft wurde die Teilnahme an diesen